

### 3.0 Kommunalpolitik ist die Königsdisziplin der Politik

AntragstellerIn: Landesvorstand

Tagesordnungspunkt: 3. Kommunalwahlen 2016: "Grün wirkt"

#### Die Landesmitgliederversammlung möge beschließen:

1 Auf keiner anderen Ebene ist Politik so unmittelbar, so nah am Alltag der Menschen, so  
2 offensichtlich in ihren Wirkungen, wie in der Kommune. Alle AkteurInnen – BürgerInnen ebenso  
3 wie gewählte VertreterInnen, Verwaltung, Wirtschaft, Vereine und Verbände – bilden eine  
4 kommunale Verantwortungsgemeinschaft.

5 KommunalpolitikerInnen sind stets greifbar, ansprechbar und müssen ihre Entscheidungen auch am  
6 Gartenzaun vertreten können. Das macht diese Aufgabe außerordentlich anspruchsvoll – gerade im  
7 Hinblick auf die Kommunikation mit der Bürgerschaft. Kommunalpolitik bedeutet vielfach auch  
8 konkrete Umsetzung landes- oder bundespolitischer Entscheidungen; damit wird sie zum  
9 Transmissions- und Projektionsfaktor, dessen vermittelnde Rolle außerordentlich wichtig ist.

10 Kommunalpolitisches Engagement heißt zum Beispiel, innerhalb von kürzester Zeit  
11 Betreuungsplätze zu schaffen, Schulen zu sanieren und ganztagsauglich zu machen oder  
12 kurzfristig Flüchtlingsunterkünfte zu schaffen und für Akzeptanz in der Gemeinde oder Stadt zu  
13 sorgen.

14 In der Kommunalpolitik liegen unsere grünen Wurzeln. Dort hat alles angefangen, von dort aus  
15 haben wir unsere Partei mit viel Engagement aufgebaut. Die Kommunalpolitik ist und bleibt Kern  
16 unseres Erfolges. Darauf sind wir gemeinsam stolz. Viele Innovationen, gerade auf lokaler  
17 Ebene, gehen auf Initiativen der GRÜNEN zurück. Wir danken den vielen größtenteils ehrenamtlich  
18 tätigen Grünen in der Kommunalpolitik für ihre Leistung!

19 Eine andere Umwelt-, Abfallwirtschafts- und Grünflächenpolitik, Energiesparmaßnahmen,  
20 Infrastruktur für Fahrräder, Car-Sharing, die Rückeroberung des öffentlichen Raumes für  
21 FußgängerInnen – Kommunalpolitik setzt heute fast ausnahmslos grüne Ideen um. Das ist Ergebnis  
22 unserer Hartnäckigkeit und unseres langen Atems.

23 Generationen kreativer und kompetenter grüner DezernentInnen arbeiten seit vielen Jahren daran,  
24 mehr Lebensqualität in Hessens Städte und Gemeinden zu schaffen – mit Erfolg! Mit innovativen  
25 Parkraumbewirtschaftungskonzepten, der Neuanlage von Grüngürteln und Vernetzung von Parks und  
26 Grünanlagen, mehr Flächen zum Spielen und Ausruhen, gezielter Verringerung des  
27 Individualverkehrs, kluger Innenverdichtung bei gleichzeitiger Entsiegelung zahlreicher Flächen  
28 haben wir GRÜNE uns in vielen Städten und Gemeinden Anerkennung erworben.

29 Auch in der Frauen-, der Sozial- und der Integrationspolitik haben Grüne viel erreicht für die  
30 Menschen. Wir haben überall den Blick auf den Alltag von Frauen gelenkt, die kommunale  
31 Infrastruktur in ihrem Interesse aufgewertet und Frauenbeauftragte eingeführt, um die Rechte  
32 von Frauen im öffentlichen Dienst besser durchsetzen zu können. Die Angebote für ältere und  
33 alte Menschen, für Menschen mit Migrationshintergrund, für Familien mit Kindern wurden dank  
34 grüner Initiativen vielerorts ausgeweitet und verbessert.

35 Kommunalpolitik bewegt sich heute im Spannungsfeld zwischen Eigenständigkeit einerseits und  
36 äußeren Zwängen sowie der Anforderung gleichwertiger Lebensverhältnisse und gleicher Chancen  
37 für alle BürgerInnen Hessens andererseits. Das Bildungs- und Betreuungsangebot darf vielfältig  
38 sein, aber es muss von Bad Karlshafen bis Hirschhorn am Neckar das gleiche hohe Qualitätsniveau  
39 haben.

40 Eine große Herausforderung für die Kommunalpolitik stellt die demographische Entwicklung dar.  
41 Während manche sogenannte „Schwarmstadt“ jedes Jahr einen Stadtteil von der Größe einer  
42 Kleinstadt dazugewinnt, müssen sich in ländlich geprägten Regionen KommunalpolitikerInnen den  
43 Kopf darüber zerbrechen, wie sie bei schrumpfenden Bevölkerungszahlen ein zur Sicherung der  
44 kommunalen Infrastruktur ausreichendes Steuer- und Gebührenaufkommen erreichen können. Die  
45 Anforderungen sind höchst unterschiedlich und es fällt nicht von vornherein eine demographische  
46 Rendite an, mit der sich die Schrumpfungs- oder Wachstumsprozesse eines Gemeinwesens  
47 finanzieren lassen. Nicht nur vielfältiger Wohnraum in verschiedenen Preissegmenten, sondern  
48 auch ausdifferenzierte Wünsche und Bedarfe des Nahverkehrs- und Mobilitätsangebotes müssen  
49 kommunalpolitisch umgesetzt werden.

50 Auch die zahlreichen Varianten einer besseren BürgerInnenbeteiligung im Sinne einer  
51 frühzeitigen Einbindung, bevor alle Entscheidungen gefallen sind, tragen eine klare grüne  
52 Handschrift. BürgerInnenbeteiligung ist jedoch mehr als BürgerInnenentscheide, deren Ausgang  
53 häufig vom „Wahlkampfpotential“ der ProtagonistInnen abhängt. Gelingende BürgerInnenbeteiligung  
54 wird durch Initiativen und das Mitwirken der Bürgerschaft in einer frühen Phase von  
55 Entscheidungsprozessen ermöglicht. Dazu braucht es gute Kommunikationsfähigkeit, viel Geschick,  
56 Verständnis und Zeit seitens der gewählten Mitglieder des Kommunalparlaments, in dem  
57 Entscheidungen letztlich getroffen und verantwortet werden. Beide Beteiligungsformen sind fest  
58 verankert in grüner Kommunalpolitik.

59 Umso wichtiger ist es, dass wir starke und motivierte Kommunalfraktionen haben, die sich dieser  
60 anspruchsvollen Aufgabe stellen. Es wird eine gute Mischung aus der langjährigen Erfahrung  
61 Älterer und ausunkonventionellen Ideen und jugendlicher Dynamik junger Grüner sein, die uns auf  
62 den vielen Wahllisten von Ortsbeiräten bis zu den Kreistagen einmal mehr zum Erfolg führt.

63 .

64 Grün wirkt überall in Hessen

65 Ambitionierte Energiewende vor Ort

66 Wir brauchen die Energiewende, um den Klimawandel zu bekämpfen, der unsere Lebensgrundlagen  
und

67 die Tiere und Pflanzen gefährdet. International, aber auch lokal muss jetzt alles Nötige dafür  
68 getan werden. Energieeinsparung, Steigerung der Energieeffizienz und Einsatz und Erzeugung  
69 erneuerbarer Energien sind angesichts steigender Kosten auch Aufgaben für Kommunen.

70 Förderprogramme unterstützen die Kommunen bei der energetischen Sanierung kommunaler  
Gebäude

71 wie Schulen und Verwaltungen.

72 Wir wollen den Anteil erneuerbarer Energien an der Energieversorgung deutlich steigern. Dazu  
73 bieten Windkraftanlagen große Potenziale. Überall in Hessen sind Anlagen in Planung oder in  
74 Genehmigungsverfahren. Überwiegend gibt es eine hohe Akzeptanz dafür bei den BürgerInnen,  
75 gelegentlich aber auch Sorgen um Gesundheit, Landschaft und Wald. Dies gilt speziell bei der  
76 Planung der notwendigen Stromtrassen. Wir GRÜNE stehen für eine sorgfältige Abwägung aller  
77 Belange, sehen aber auch die Gesamtverantwortung, die vor Einzelinteressen kommt.

78 Verlässlichkeit und Perspektiven bei Bildung und Betreuung vor Ort

79 Bei Bildung und Betreuung unserer Kinder setzen wir auf Dialog. Kinder, SchülerInnen, Eltern,  
80 ErzieherInnen, LehrerInnen, Wissenschaft und Wirtschaft brauchen Verlässlichkeit und  
81 Perspektiven. Mit unserer Schulpolitik und den Gesetzen, die die Kinderbetreuung in Kitas und  
82 Horteinrichtungen regeln, schaffen wir den Rahmen für wohnortnahe ganztägige Angebote. Mehr  
83 Plätze auch für Kinder unter drei Jahren, die bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf, mehr

84 Zeit für individuelle Förderung und die Inklusion von Kindern mit Behinderungen sowie stetige  
85 Qualitätsverbesserung in allen Bereichen auch für die MitarbeiterInnen sind unser Ziel. Dazu  
86 brauchen wir die Zusammenarbeit aller Träger und der Kommunen. Flexibilität bei Öffnungszeiten  
87 oder Vorgaben bei kleineren Einrichtungen zum Beispiel auf dem Land müssen möglich sein.

#### 88 Verkehrswende und Lärmschutz vor Ort

89 Wir wollen die Verkehrswende hin zur umweltgerechten und klimaschonenden Mobilität. Die  
90 Lebensqualität der Menschen wollen wir durch Schutz vor Lärm und Feinstaub verbessern und den  
91 CO<sub>2</sub>-Ausstoß des Verkehrs senken. Wir stärken insbesondere BahnfahrerInnen, RadlerInnen und  
92 FußgängerInnen. Der Ballungsraum Rhein-Main mit seinen PendlerInnenströmen ist eine besondere  
93 Herausforderung. Wir entwickeln neue Konzepte, wie Nahmobilität in Stadt und Land in ihrer  
94 ganzen Unterschiedlichkeit gestärkt werden kann. Wichtig ist ein vernünftiger Mix aus  
95 Individual- und öffentlichem Verkehr.

96 Attraktive Busverbindungen sind im ländlichen Raum durch nachfrageorientierte Angebote wie  
97 Anruf-Sammel-Taxen, Anruf-Linien-Busse, BürgerInnen-Busse und Mitfahrzentralen zu ergänzen.  
98 Schulbezogener Verkehr ist zeitlich optimierbar. SchülerInnentickets, Studierendentickets und  
99 SeniorInnentickets fördern eine bessere Auslastung zu allen Zeiten. Hierdurch lässt sich bei  
100 vertretbaren Kosten ein qualitativ hochwertiges Angebot schaffen. Für Kurzstrecken empfiehlt  
101 sich die Nutzung von E-Cars und E-Bikes besonders. Hier können Kommunen bei der Beschaffung von  
102 Fahrzeugen vorangehen.

103 Bei der Infrastruktur geht es uns vor allem um den Erhalt der Straßen in einem guten Zustand,  
104 beim Neubau um Radwege, barrierefreie Bahnstationen und den Ausbau des leistungsfähigen  
105 Schienennetzes in Zusammenarbeit mit Land und Bund.

#### 106 Breitband und Kommunikation vor Ort

107 Die Autobahnen der Zukunft sind aus Glasfaser, nicht aus Asphalt. Die Versorgung mit einer  
108 guten Breitbandinfrastruktur ist ein wichtiger Wirtschaftsfaktor – speziell für den ländlichen  
109 Raum. Gleichzeitig ist es eine Frage der Teilhabegerechtigkeit, ob alle das Medium Internet  
110 angemessen nutzen können. Vor allem Unternehmen, aber gerade auch FreiberuflerInnen aus den  
111 Kreativ- und Dienstleistungsbranchen und dem Handwerk brauchen leistungsfähige  
112 Glasfaseranschlüsse, um wettbewerbsfähig zu bleiben. Unser Ziel ist daher, die weiter  
113 bestehenden Lücken in der Breitbandversorgung zeitnah zu schließen und überall  
114 Übertragungsraten von 50 Mbit/s und mehr zu ermöglichen. Das Land fördert dies. Wir haben  
115 ermöglicht, dass sich die Kommunen in diesem Sektor wirtschaftlich betätigen können.

#### 116 Wohnen und Leben

117 Bezahlbarer Wohnraum ist kein Luxus, bezahlbarer Wohnraum ist eine Frage der Gerechtigkeit.  
118 Gerade in Ballungsgebieten gibt es aber häufig zu wenige erschwingliche Wohnungen. Das wollen  
119 wir ändern. Die wichtigsten Punkte sind dabei die gleichrangige Förderung von Mietwohnungsbau  
120 und Eigentumsbildung, die Schaffung von zusätzlichem preiswertem studentischem Wohnraum und  
ein  
121 Programm zur Unterstützung von Haushalten mit mittlerem Einkommen. Wir wollen, dass jede und  
122 jeder sich in allen hessischen Städten zu Hause fühlen und gut leben kann. Wir wollen  
123 Wohnkonzepte fördern, die den aktuellen Bedürfnissen aufgrund des demographischen Wandels  
124 entsprechen und Lücken auf dem Wohnungsmarkt schließen. Innovative Wohnformen und Wohnbau-  
125 Projekte werden wir aktiv unterstützen. Altbausanierung und energetische Verbesserungen an  
126 öffentlichen und privaten Bestandsbauten sowie Barrierefreiheit der Infrastruktur sind weitere  
127 wichtige Projekte.

#### 128 Naturschutz und biologische Vielfalt vor Ort

129 Biologische Vielfalt ist Querschnittsaufgabe. Alle wirtschaftlichen und sozialen Entscheidungen  
130 müssen wir auch unter dem Aspekt ihrer ökologischen Wirkung betrachten. Eine naturraumtypische  
131 Vielfalt von Lebensräumen und Arten wollen wir dauerhaft sichern. Die Vernetzung von  
132 Schutzgebieten, Wildnisgebieten und urbanen Biotopen ist von großer Wichtigkeit. Auch kommunale  
133 Wälder sollen zukünftig naturnah nach den Kriterien des FSC (Forest Stewardship Council)  
134 bewirtschaftet werden, um eine Balance zwischen Nutzen und Schützen zu erreichen. Eigendynamik  
135 und Durchgängigkeit von Fließgewässer-Auensystemen wollen wir durch einen ökologischen  
136 Gewässerschutz und integrierten Hochwasserschutz herstellen. Zahlreiche begleitende Maßnahmen  
137 wie die Anlage von Bienenweiden, Blühstreifen, urban gardening, fledermausfreundliche Bauweise  
138 von Häusern und vieles mehr sind nötig.

139 Landwirtschaft und Tierschutz vor Ort

140 Wir wollen die bäuerliche Landwirtschaft in Hessen erhalten und gezielt in Richtung Ökolandbau  
141 fortentwickeln, um Arbeitsplätze im ländlichen Raum, die regionale Versorgung mit Lebensmitteln  
142 und unsere Kulturlandschaft zu bewahren und auszubauen. Die Landwirtschaftspolitik wird zwar  
143 maßgeblich von der EU gestaltet, doch auch lokal können wir etwas tun. Eine gesunde Ernährung  
144 für Kinder und Jugendliche ist uns ein besonderes Anliegen, daher werden wir für ein ökologisch  
145 und regional erzeugtes Angebot von Pausen- und Mittagsverpflegung in unseren Schulen und  
146 weiteren Betreuungseinrichtungen sorgen. Hessen bleibt in der Landwirtschaft gentechnikfrei,  
147 wir reduzieren den Einsatz von Pestiziden auf dem Acker und die Gabe von Antibiotika in der  
148 Tierhaltung. Wir fördern den Anbau von Eiweißfutterpflanzen und unterstützen Betriebe, die  
149 Umwelt, Klima, Flora, Fauna und Tierwohl bei der Erzeugung berücksichtigen. Die industrielle  
150 Landwirtschaft und Megamastställe werden wir hingegen stärker auf die Einhaltung von  
151 Tierschutzstandards und Emissionen in Luft, Boden und Gewässer prüfen. Die Gesundheit der  
152 Menschen in der Umgebung und der VerbraucherInnen ist oberstes Gebot. Kommunen sollen über eine

153 nachhaltige Bauleitplanung begrenzend Einfluss nehmen können. Mit dem eigenen Einkaufsverhalten  
154 kann jede und jeder bei einer Neuausrichtung der Landwirtschaft mithelfen. Grüne kümmern sich  
155 auch um den Erhalt von Tierheimen in den Kommunen.

156 Akzeptanz und Vielfalt

157 Wir wollen, dass Hessen sozialer und gerechter wird. Ein Meilenstein ist das hessische  
158 Sozialbudget. Die neue Landesregierung aus CDU und GRÜNEN stellt im Sozialbereich rund 70  
159 Millionen Euro jährlich über die gesamte Legislaturperiode zur Verfügung. Der Erhalt und Ausbau  
160 sozialer Infrastruktur und Angebote der Daseinsvorsorge entscheidet sich vor Ort. Hier ist für  
161 uns Grüne von entscheidender Bedeutung, dass Stadtteile mit hohen sozialen Risiken und mit  
162 besonderem Entwicklungsbedarf ausreichende Hilfen erhalten. Das Geld steht der wertvollen  
163 Arbeit von Kommunen, Verbänden und Institutionen verlässlich zur Verfügung und gibt  
164 langfristige Planungssicherheit beispielsweise für Frauenhäuser, Beratungsstellen gegen  
165 sexuellen Missbrauch, SchuldnerInnenberatung, die Projektförderung „Soziale Stadt“, Suchthilfe,  
166 Sprachförderung in Kindergärten und Beratungsangebote für Familien zum Beispiel in  
167 Familienzentren.

168 Unsere Sozialpolitik unterstützt die Menschen in ihrer Selbstbestimmung und erkennt ihre  
169 Vielfalt als Bereicherung. Sie grenzt niemanden aus, sondern schafft Chancengerechtigkeit und  
170 Teilhabemöglichkeiten für alle, unabhängig von sozialer Herkunft, Alter, Geschlecht und  
171 kulturellem Hintergrund.

172 Die Landesregierung erarbeitet mit den Selbstvertretungsorganisationen der Lesben, Schwulen,  
173 Bisexuellen, Trans- und Intersexuellen sowie Transgender einen „Aktionsplan für Vielfalt und  
174 Akzeptanz“. Die Antidiskriminierungsstelle – angesiedelt beim grünen Bevollmächtigten für  
175 Integration und Antidiskriminierung – unterstützt auch die Kommunen bei ihrer Arbeit.

176 Die Kommunen leisten bereits großartige Integrations- und Flüchtlingsarbeit. Das WIR-Programm  
177 der Landesregierung unterstützt bestehende Angebote und fördert die Integration vor Ort mit  
178 Koordinationsstellen für jeden Landkreis und jede Stadt. Viele Kommunen greifen das Angebot  
179 auf, weitere können folgen.

180 Flüchtlinge willkommen heißen

181 In der kommenden Legislaturperiode wird die Unterbringung, Betreuung und Integration von  
182 Flüchtlingen eine Aufgabe sein, der sich alle Kommunen hessenweit annehmen müssen. Dabei mit  
183 klaren grünen Konzepten präsent zu sein, vorwegzugehen, wenn es um eine gute und dezentrale  
184 Unterbringung, eine rasche Integration in Gesellschaft und Arbeitsmarkt geht, mit und für die  
185 Menschen, die zu uns kommen, ein neues Zuhause zu schaffen, ist ein grünes Kernanliegen. Wir  
186 grenzen uns klar ab von rechten Parolen und Hetze, stehen auf, wenn Stimmung gegen die  
187 Schwachen in unserer Gesellschaft gemacht wird und werden gemeinsam mit vielen engagierten  
188 BürgerInnen, Staat, Kommunen und Hilfsorganisationen diese gesamtgesellschaftliche Aufgabe  
189 bewältigen. Deshalb ist es außerordentlich wichtig, zivilgesellschaftliches Engagement  
190 einzubeziehen und die vielfach vorhandene Hilfsbereitschaft der BürgerInnen aufzugreifen, zu  
191 nutzen und anzuerkennen. Darin liegt auch eine große Chance für unser Land und für unsere  
192 Kommunen.

193 Gesundheit und Pflege

194 Eine verlässliche Gesundheitsversorgung und der Zugang aller zu guten Gesundheitsleistungen  
195 sind unser Ziel. Flächendeckende und qualitativ hochwertige Prävention, Gesundheitsversorgung  
196 und das Rettungswesen sind wichtige kommunale Aufgaben. Die Herausforderung ist im Hinblick auf  
197 den demographischen Wandel groß. Immer mehr Menschen werden in unseren Kommunen  
198 pflegebedürftig. Um ihre Versorgung dauerhaft sicherzustellen sind Prävention und soziale  
199 Teilhabe sowie ausreichende und gute Pflege im Quartier zu organisieren. Im Zusammenwirken  
200 aller Beteiligten wie dem öffentlichen Gesundheitsdienst, medizinischen Hochschulen, Ärzte- und  
201 Pflegeorganisationen, medizinischen DienstleisterInnen und Krankenkassen können  
202 Gesundheitsförderung und Strukturen für stationäre und ambulante Versorgung sowie  
203 Notfallbetreuung besonders auf dem Land bedarfsgerecht organisiert werden.

204 Kultur fördern

205 Je früher Kindern und Jugendlichen die Freude an Kunst und Kultur vermittelt wird, desto  
206 leichter lassen sie sich den Menschen nahebringen. Daher unterstützen wir die Organisation und  
207 Zusammenarbeit außerschulischer und schulischer Kultureinrichtungen vor Ort, zum Beispiel die  
208 Kooperationen von Musikschulen und Schulen. Insbesondere Kindern und Jugendlichen wollen wir so  
209 die Freude an Kunst und Kultur vermitteln – denn je früher das gelingt, desto leichter lassen  
210 sich Kunst und Kultur den Menschen nahebringen.

211 Auch die außerordentliche Bedeutung der Soziokultur für die Gemeinden hat die Landesregierung  
212 erkannt und verdoppelt die finanzielle Ausstattung in diesem Bereich, um langfristige  
213 Perspektiven für die Soziokultur in den Kommunen zu entwickeln.

214 Kultur braucht Raum, sich zu entfalten. Wir GRÜNE treten dafür ein, die feste Verankerung von  
215 Kultur und Kreativwirtschaft bei der Weiterentwicklung hessischer Städte und Gemeinden zu  
216 verankern. Liegenschaften, die leer stehen, können für eine Zwischennutzung in Betracht gezogen  
217 werden.

218 Haushalten mit Augenmaß

219 Dass wir nicht auf Kosten späterer Generationen wirtschaften dürfen ist schon immer eine  
220 Grundüberzeugung der GRÜNEN. Dazu gehört, dass wir unseren Kindern nicht unsere kommunalen

221 Schulden vererben. Deshalb sind solide Finanzen und ein effizientes und effektives  
222 transparentes Haushalten unerlässlich. Mit dem neuen Tariftreue- und Vergabegesetz haben wir  
223 den Kommunen neue Möglichkeiten eröffnet, nachhaltig zu wirtschaften und neben dem Kriterium  
224 der Wirtschaftlichkeit auch soziale und ökologische Kriterien bei der Vergabe ihrer  
225 öffentlichen Aufträge anzuwenden.

226 Wir plädieren haushaltspolitisch für einen Dreiklang aus Einsparungen, Effizienzsteigerungen  
227 und Einnahmeerhöhungen. Darauf hin prüfen wir kommunales Handeln. Dabei balancieren wir  
228 Einsparungen mit zielgerichteten Zukunftsinvestitionen aus. Vorbildliches, nachhaltiges Handeln  
229 drückt sich auch durch Beschaffung von fair erzeugten und gehandelten Produkten aus. Kommunen  
230 sind keine Inseln! Möglichkeiten zur interkommunalen Zusammenarbeit reichen vom Kassenwesen  
231 über Standesämter, von der Unterhaltung von Grünflächen bis zu Kooperationen von Feuerwehren,  
232 Musikschulen, Tourismus und Regionalentwicklung.

233 Der neue kommunale Finanzausgleich (KFA) garantiert den Kommunen eine verlässliche, am Bedarf  
234 orientierte Finanzierung. Im neuen System gibt es eine Solidaritätsumlage, in die besonders  
235 finanzstarke Kommunen einzahlen müssen. Das Risiko schwankender Einnahmen aufgrund der  
236 wechselnden Konjunkturlage wird ab 2016 auf das Land verlagert, so dass die Finanzierung der  
237 kommunalen Aufgaben insgesamt gerechter wird. Damit werden die Zuweisungen des kommunalen  
238 Finanzausgleichs für die Kommunen zu einer verlässlichen und planbaren Größe.

239 .

240 Kommunalwahlen sind für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN von großer Bedeutung. Für die BürgerInnen geht  
241 es  
242 um ihr direktes Umfeld in den Städten und Gemeinden. Die Kommunen sind kraftvolle, innovative,  
243 gestaltende Orte des Gemeinwesens und der Kern der Demokratie einer selbstbestimmten und sozial  
244 verantwortlichen Gesellschaft. Wir werben deshalb für eine starke Wahlbeteiligung bei den  
Wahlen am 6. März 2016 und starke GRÜNE in den Kreisen, Städten und Gemeinden..

## Begründung

Erfolgt mündlich.